

Informationen zu Meinungsäußerungen eines Mitarbeiters der Ständigen Vertretung der BRD zum Honecker-Besuch

Am 7. September 1987 begann SED-Generalsekretär Erich Honecker seinen Arbeitsbesuch in der Bundesrepublik Deutschland. Es war der erste Besuch eines DDR-Staatschefs im anderen Teil Deutschlands. Wie die Staatssicherheit im Nachgang feststellte, achtete die BRD sorgfältig darauf, ob die DDR-Führung ihre Zusagen, wie zum Beispiel Reiseerleichterungen, einhielt.

Im Jahr 1987 besuchte erstmals in der Geschichte beider deutscher Staaten ein Staatsoberhaupt der DDR die Bundesrepublik. Am 15. Juli 1987 wurde gleichzeitig in den west- und ostdeutschen Medien der Besuch Erich Honeckers vom 7. bis 11. September 1987 in der Bundesrepublik angekündigt. Lange Zeit konnte sich die SED-Führung nicht sicher sein, ob der Besuch überhaupt stattfinden würde. Schließlich hatte er zuvor bereits dreimal abgesagt werden müssen, zuletzt auf sowjetischen Druck im Jahr 1984. Dieses Mal gab es Befürchtungen nicht nur hinsichtlich eines erneuten Einspruchs der Sowjetunion, sondern auch wegen einer kritischen, emotional aufgeladenen westdeutschen Öffentlichkeit.

Doch der wiederbelebte Abrüstungsdialog der Großmächte und der Staatsbesuch von Bundespräsident Richard von Weizsäcker in der Sowjetunion im Sommer 1987 hatten die Atmosphäre entspannt. Das sprach gegen ein sowjetisches Veto. Auch auf westdeutscher Seite sah man den Zeitpunkt als günstig an, stellte man doch seit zwei Jahren Besserungen im deutsch-deutschen Verhältnis fest, beispielsweise im Reiseverkehr, bei den Städtepartnerschaften und durch die Abschaffung der Todesstrafe in der DDR.

Die Stasi-Führung befürchtete, dass "der Gegner" den Besuch für seine "antisozialistische Zielstellung" missbrauchen, dass "antisozialistische Kräfte" gegen Honecker persönlich gerichtete Aktionen inszenieren und oppositionelle Kräfte in der DDR "feindlich-negativ wirksam" werden könnten. Deshalb ordnete Stasi-Chef Erich Mielke im Rahmen der Aktion "Dialog 87" umfangreiche Sicherungsmaßnahmen an.

Honeckers Besuch war auf Wunsch der Bundesregierung protokollarisch unterhalb der Ebene eines offiziellen Staatsbesuchs angesiedelt und galt formal nur als "Arbeitsbesuch", jedoch begleitet von militärischen Ehren und dem Abspielen der Hymnen beider Staaten vor dem Bonner Bundeskanzleramt. Die annähernde protokollarische Gleichstellung Honeckers mit anderen ausländischen Staatsgästen interpretierte die DDR-Führung dahingehend, dass die DDR von der BRD als gleichberechtigter deutscher Staat anerkannt worden sei. Dieser außenpolitische Erfolg festigte in ihren Augen auf Dauer die deutsche Zweistaatlichkeit und somit den Bestand der DDR, und zugleich öffnete der Bonn-Besuch Honecker die Türen für Staatsbesuche in Paris, London und Washington.

Vor, während und nach dem Honecker-Besuch in der Bundesrepublik verfasste die Staatssicherheit Berichte über die Stimmung in der DDR-Bevölkerung. Bereits am ersten Tag des Besuchs hatte Bundeskanzler Helmut Kohl in einer Rede noch einmal die Grundpositionen der Bundesrepublik deutlich gemacht und dabei sehr klare Worte zur offenen deutschen Frage und zum Ziel der Wiedervereinigung gefunden.

Wie die Staatssicherheit im Nachgang feststellte, achtete die BRD sorgfältig darauf, ob die DDR-Führung ihre Zusagen, wie zum Beispiel Reiseerleichterungen, einhielt. So meldete ein Inoffizieller Mitarbeiter (IM) der Stasi Äußerungen eines Angehörigen der Ständigen Vertretung der BRD in Ost-Berlin (StäV). Demnach seien alle Mitarbeiter der StäV dazu angehalten, zu überprüfen, ob Worte und Taten der DDR-Führung übereinstimmen, etwa hinsichtlich der Zugeständnisse bei der Freizügigkeit von DDR-Bürgern und bei der Einfuhr westdeutscher Presseartikel.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 7225, Bl. 1-3

Metadaten

Dienst Einheit: Bezirksverwaltung
Frankfurt (Oder), AKG

Datum: 4.11.1987
Rechte: BStU

Informationen zu Meinungsäußerungen eines Mitarbeiters der Ständigen Vertretung der BRD zum Honecker-Besuch

Bezirksverwaltung
für Staatssicherheit
AKG

Frankfurt (O), 4. Nov. 1987
1987/87

BSU
000001

ZfIG Nr. 59311 St.
Mi.
Fi.

05 NOV 14 208
B. 1
Gm. Oetzel 200

Ministerium für Staatssicherheit
ZAIG
Berlin

Information zu Meinungsäußerungen eines Mitarbeiters der Ständigen Vertretung der BRD zur Reise des Genossen Honecker in die BRD und zu den Abrüstungsverhandlungen zwischen der UdSSR und der USA

Durch eine zuverlässige inoffizielle Quelle wurde ein Mitarbeiter der Ständigen Vertretung der BRD in der Hauptstadt, Berlin, zu aktuellen politischen Problemen abgeschöpft. Nach dessen Auffassung werde von Mitarbeitern der BRD-Vertretung eingeschätzt, der Besuch des Gen. Honecker sei mehr als nur positiv zu bewerten, insbesondere weil von beiden Seiten von den bestehenden, nicht wegzudiskutierenden Grundpositionen ausgegangen wurde und es deshalb für die Perspektive keinen Platz für Illusionen oder Träumereien gebe. Vor allem wäre hervorzuheben, daß zum ersten Mal eine einheitliche positive Haltung und Stellungnahme bei allen Parteien der BRD zum Besuch von Gen. Honecker zu verzeichnen gewesen wäre. Alle Parteien begrüßten diesen Besuch und keine Partei habe "irgendwelche Störaktionen" durch provokatorische Äußerungen unternommen.

Dieser Fakt sei neu und man sehe darin neue Ansätze für die weitere Verbesserung und Normalisierung der Zusammenarbeit der beiden deutschen Staaten. Auch Draegger und Co. hätten dazugelernt, daß man mit politischen Angriffen, sprich harten und deutlichen Wort- bzw. Wutausbrüchen, auch wenn sie richtig seien und der augenblicklichen Wahrheit und Realität entsprächen, für die Verbesserung der Beziehungen zwischen den Deutschen in Ost und West nichts erreichen könne.

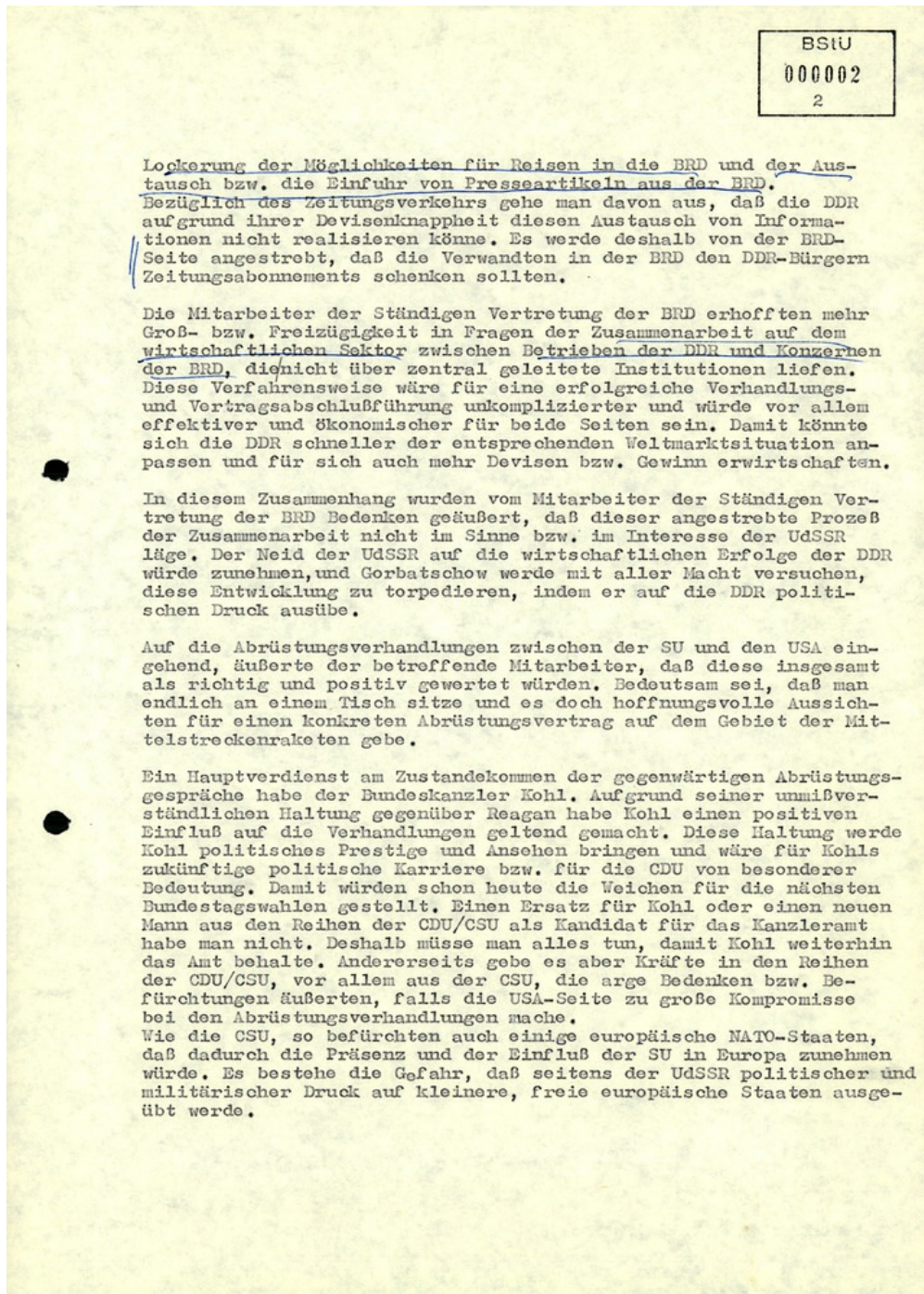
Es wäre eine taktische und politische Meisterleistung von Kohl gewesen, daß er alle BRD-Politiker unter einen Hut bekommen hätte. Am Erfolg und dem Zustandekommen des Treffens habe Kohl den größten Anteil.

Alle Mitarbeiter der StV der BRD seien dazu aufgefordert, wie der Mitarbeiter der Ständigen Vertretung der BRD weiter ausführte, zu testen bzw. zu überprüfen, inwieweit die Worte von der DDR eingehalten würden bzw. die Taten damit übereinstimmten. An erster Stelle der Prüfung stünde dabei die vereinbarten Zugeständnisse hinsichtlich der Freizügigkeit für DDR-Bürger, der

Signatur: BSU, MfS, ZAIG, Nr. 7225, Bl 1-3

Blatt 1

Informationen zu Meinungsäußerungen eines Mitarbeiters der Ständigen Vertretung der BRD zum Honecker-Besuch



Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 7225, Bl. 1-3

Blatt 2

Informationen zu Meinungsäußerungen eines Mitarbeiters der Ständigen Vertretung der BRD zum Honecker-Besuch

